



Neue Kategorisierung und Stigmatisierung: von „behindert“ zu „Risikogruppe“

Im Jahr 2009 hat die Bundesregierung die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Dies und die seit langer Zeit existierenden Empowerment-Bewegungen von Menschen mit Behinderungserfahrungen sind Schritte, um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben umzusetzen. Diese geschieht langsam, aber stetig.

Seit Beginn der Schutzmaßnahmen zur Eindämmung des Covid 19 Virus ist zu beobachten, dass inklusive Prozesse durch diese Maßnahmen massiv eingeschränkt und sogar gestoppt werden. Gesellschaftliche, inklusive Errungenschaften werden kaum beim Nachdenken über Schutzmaßnahmen reflektiert. Menschen mit Behinderungen werden nicht in Entscheidungen, die sie existenziell betreffen, einbezogen. Menschen mit Behinderungen werden pauschal als „Risikogruppe“ eingeordnet, obwohl viele von diesen jungen Menschen gesundheitlich überhaupt nicht als solche zu bezeichnen sind.

Selbstbestimmung und mühsam erlernte Selbstständigkeit werden radikal dem Schutz untergeordnet. Die Gratwanderung zwischen Schützen und Ausgrenzen ist ein schmaler Pfad. Wer dachte, dass die Zeit der Separierung mit dem Argument „wir wollen nur das Beste für dich“ der Vergangenheit angehören, hat sich geirrt.

In der öffentlichen Debatte spielen junge Menschen mit Behinderung und deren Lebenslagen aktuell so gut wie keine Rolle. Die Schulen, Werkstätten und andere Aufenthaltsorte für Menschen mit Behinderung sind nur für Notbetreuungen geöffnet. Die sehr wichtige Tagesstruktur geht damit für viele verloren. Zudem sind junge Menschen mit Behinderungen in Wohngruppen und Einrichtungen der Behindertenhilfe isoliert und haben so gut wie keinen Kontakt zu Familie und Freund*innen. Das ist problematisch, weil diese Wohngruppen und Einrichtungen von den jungen Menschen häufig nicht frei gewählt sind, sondern es schlicht an Wahlmöglichkeit zu barrierefreien alternativen Wohnungsangeboten fehlt. Während der Großteil der Menschen in Deutschland zumindest selbständig einkaufen, spazieren gehen oder Fahrrad fahren kann, ist der Radius von vielen Menschen mit Behinderungen sehr eingeschränkt und aufgrund der Bestimmungen ist ein Aufenthalt in der Öffentlichkeit häufig nur noch in Begleitung möglich. Auch der Weg über die Digitalisierung ist für viele Menschen mit Behinderungen, insbesondere für diejenigen mit einer sogenannten geistigen



aej

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V.

Behinderung selten eine wirkliche Alternative. Viele haben - auch wegen fehlender Barrierefreiheit - nur einen sehr eingeschränkten Zugang zu den neuen Medien bzw. deren Handhabung.

In der Krise beweist sich, welche gesellschaftlichen Debatten überfällig sind. Dies trifft momentan auch auf die Situation von Menschen mit Behinderungen und das Thema zu. Die Einforderung von Barrierefreiheit wird derzeit vielerorts abgelehnt mit der Haltung: Jetzt wo alles so angespannt ist, müssten Inklusionsmaßnahmen gerade zurückgestellt werden. Das zeigt: Die Grundhaltung, dass alle Personen gleichberechtigt dazugehören, hat bisher in unserer Gesellschaft nur marginal gewirkt und sich nicht in den Strukturen, im Menschenbild und in den Herzen grundlegend verankert.

Menschen mit Behinderungen müssen aktiv in die Diskussion um Öffnung und Rückkehr in die Normalität des gesellschaftlichen Lebens, in ein Alltagsleben mit Corona einbezogen werden. Ihre Interessen und Bedürfnisse sind ebenso zu berücksichtigen, wie der Schutz vor dem Covid 19 Virus. Die Umsetzung von Barrierefreiheit in allen Belangen des gesellschaftlichen Lebens ist weiter zu berücksichtigen und zu entwickeln – auch in Zeiten von Corona. Dazu zählen:

- der Einsatz und die Finanzierung von Verdolmetschungen in Gebärdensprache
- der Einsatz von Leichter Sprache und Piktogrammen
- die Bereitstellung von barrierefreie Zugangsmöglichkeiten zu digitalen Inhalten und sozialen Medien
- Lösungsmöglichkeiten für die Öffnung von schulischen und außerschulischen barrierefreien Bildungsorten
- individuelle Lösungen zu Kontakt- und Besuchsmöglichkeiten
- die Bereitschaft, junge Menschen als Experten in eigener Sache kontinuierlich einzubeziehen
- die Bereitschaft zur gesellschaftlichen Debatte über den Stand der Barrierefreiheit

29.05.2020

aej-Vorstand

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9

30159 Hannover

Internet: www.evangelisches-infoportal.de



aej

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V.

Keiner darf schlechter behandelt werden, weil er behindert ist!

Die Vereinten Nationen sind ein Zusammenschluss von vielen Ländern.

Insgesamt sind es 193 Länder.

Die Vereinten Nationen haben die **Vereinbarung über die Rechte von Menschen mit Behinderung** geschrieben.

Das bedeutet:

Keiner darf schlechter behandelt werden, weil er behindert ist.

Jeder darf dabei sein.

Jeder darf mitmachen.

Keiner darf ausgeschlossen sein.

Viele Länder haben versprochen,
dass sie sich an diese Vereinbarung halten.

Auch Deutschland hat es versprochen.

Das bedeutet:

Deutschland muss sich an diese Vereinbarung halten.

Wir von der aej sagen:

Deutschland hält sich im Moment nicht an diese Vereinbarung!

Warum sagen wir das?

Das Corona-Virus ist jetzt auch in Deutschland.

Man spricht es so aus: Ko-ro-na-wi-rus.

Das Corona-Virus kann eine Krankheit auslösen:

Die Krankheit heißt Covid-19.

Man spricht Covid so aus: Ko-wit.

Covid-19 ist sehr ansteckend.

Darum gibt es neue Regeln für die Menschen in Deutschland.

Damit sie sich **nicht** mit dem Virus anstecken.

Die Bundesregierung hat die Regeln am 22. März 2020 gemacht.

Alle Menschen in Deutschland müssen die neuen Regeln einhalten.

Einige Menschen können sich sehr leicht mit dem Corona-Virus anstecken.

Zum Beispiel alte Menschen.

Man sagt: Diese Menschen gehören zur Risiko-Gruppe.

Es gibt besondere Regeln für Risiko-Gruppen.

Vieles ist verboten.

Die Menschen bleiben zuhause oder im Heim.

Die Menschen gehen **nicht** in die Schule oder zur Arbeit.

Die Menschen gehen **nicht** einkaufen.

Die Menschen treffen **keine** anderen Menschen.

Zum Beispiel: Freunde oder die Familie.

Die Bundesregierung sagt:

Alle Menschen mit Behinderung gehören zur Risiko-Gruppe.

Wir von der aej sagen:

Das stimmt **nicht!**

Viele junge Menschen mit Behinderung sind **keine** Risiko-Gruppe.

Wir von der aej sagen:

Es gibt zu viele neue Regeln für junge Menschen mit Behinderung.

Wir sagen:

Das ist **nicht** gut!

Die neuen Regeln müssen besser werden.

Wir sagen:

Die jungen Menschen mit Behinderung haben **nicht** mitgeredet bei den neuen Regeln.

Wir sagen:

Das ist **nicht** gut!

Die jungen Menschen mit Behinderungen müssen immer mitreden.

Wir denken:

Corona wird es noch lange in Deutschland geben.

Darum wird es auch noch lange besondere Regeln geben.

Sicherheit ist gerade das Wichtigste.

Und alle müssen mithelfen.

Und alle müssen vernünftig sein.

Aber: Freiheit ist auch wichtig.

Gleiche Rechte für alle sind wichtig.

Darum muss man immer wieder gucken:
Wie können die Regeln besser werden?
Wie können junge Menschen mit Behinderung mitmachen?

Wir haben Ideen:

Alle Regeln muss es in Leichter Sprache geben.
Alle Regeln muss es in Gebärden-Sprache geben.
Dann kann jeder die Regeln lesen und verstehen.
Die Bundesregierung muss Geld dafür geben.
Alle Regeln muss es im Internet geben.

Jeder junge Mensch mit Behinderung muss

- seine Familie treffen können.
- zur Schule gehen können.
- Freunde treffen können.
- mitreden können.

So wie es zum Einzelnen passt.

Aber:

Vielleicht sind **nicht** alle Regeln für alle gut.
Darum muss man aufpassen.
Deshalb müssen wir die Probleme von Menschen genau ansehen.
Erst dann können wir die Regeln gut anwenden.

Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend heißt kurz: aej.

Man spricht es so aus: a-e-jot.

Die aej ist ein Zusammenschluss von evangelischen Jugend-Organisationen aus Deutschland.

Wir setzen uns ein für die Interessen von evangelischen jungen Menschen.

Wir sagen der Bundesregierung und der Kirche:

Das ist wichtig für junge Menschen.

Wir haben auf unserer Mitglieder-Versammlung beschlossen:

Es muss mehr Inklusion in der Jugendarbeit geben.

Mehr junge Menschen mit Behinderung sollen mitmachen.

Deshalb stellen wir Forderungen an die Regierung und die Kirche.

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend

in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Str. 9

30159 Hannover

Doris Klingenhagen

Referentin für Migration und Vielfalt

Telefon: 0511 1215-137

Mail: dk@evangelische-jugend.de

Internet: www.evangelische-jugend.de

Text: Fachkreis Inklusion

Übersetzung in Leichte Sprache: Katrin Wilzius

Texte geprüft durch das Büro für Leichte Sprache der Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e.V.